

## **Wahlprüfsteine**

**Auf die vier seitens des DAeC LV NRW gestellten Fragen zum Luftsport haben sich die im Landtag NRW vertretenen Parteien wie folgt geäußert:**

**Frage:** Sieht Ihre Partei Ansätze und Möglichkeiten, das Anliegen des Luftsports auf Gleichbehandlung des Modellflugsportes durch eine Änderung der Abgabenordnung zu unterstützen?

### **Antwort der CDU:**

Die Abgabenordnung unterliegt der Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Wo möglich und sinnvoll müssen aber die Rahmenbedingungen für unsere Sportvereine angepasst werden, um ihre Arbeit zu erleichtern.

### **Antwort der SPD:**

Der Modellflug ist bereits – wie sie selbst in Ihren Erläuterungen feststellen – als gemeinnützig anerkannt. Eine Änderung der Abgabenordnung erscheint uns als nicht sehr zielführend, zumal es sich dabei um Bundesrecht handelt. Da es Ihrem Verband vorrangig um die Förderung der Übungsarbeit geht, sehen wir hier eher in der Richtlinie des Landes (RdErl. des Innenministeriums vom 15. November 2007) einen Ansatzpunkt, da dort ausdrücklich eine Gemeinnützigkeit wegen Förderung des Sports (also nach §52 Abs. 2, Satz 23) gefordert wird. Diese Einengung ist möglicherweise nicht mehr zeitgemäß, wenn schon in der gleichen Richtlinie eine Mitgliedschaft im Landessportbund vorausgesetzt wird. Vor dem Hintergrund der Anerkennung der Sportqualität des Modellfluges seitens des Landessportbundes sollte gemeinsam mit diesem an einer pragmatischen Lösung gearbeitet werden.

### **Antwort der Grünen:**

Die allgemeine Luftfahrt profitiert von einer Vielzahl von steuerlichen Vergünstigungen, die in den letzten Jahren insbesondere bei den Billigflugangeboten zu einem deutlichen Anstieg des Luftverkehrs geführt haben. Hierzu gehören im Wesentlichen die Befreiung des Luftverkehrs von der Mineralölsteuer und die Befreiung von Flughafenflächen von der Grundsteuer. Darüber hinaus ist es nach unserer Kenntnis eine durchaus gängige Praxis, dass für die Grundstücksnutzung durch die Flughafenbetreiber entweder nur eine sehr geringe oder überhaupt keine Pachtzahlung erhoben wird. Von diesen Vergünstigungen profitiert der Luftsport ebenfalls.

### **Antwort der FDP:**

Trotz des von Rot-Grün hinterlassenen Schuldenberges im Landeshaushalt ist es uns gelungen, die Übungsleiterpauschale seit einigen Jahren stabil zu halten. Die FDP arbeitet als verlässlicher Partner mit dem organisierten Sport in Nordrhein – Westfalen zusammen. Gleichwohl sehen wir aufgrund der auch in Ihrer Frage angeführten Gründe keinen Spielraum, Ihrem Anliegen nach einer Änderung der Abgabenordnung zu entsprechen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass trotz des verstärkten Engagements der schwarz- gelben Landesregierung für den Sport die finanziellen Mittel des Lande weiterhin stark begrenzt sind.

**Frage:** Welche Rolle misst Ihre Partei den Interessen des Luftsports bei der weiteren Entwicklung und Beurteilung des Luftverkehrs in NRW bei und welche Ansätze sehen Sie, dem mit der Ausweitung des Kommerziellen Luftverkehrs verbundenen Verdrängungsprozesse des Luftsports zu begegnen?

**Antwort der CDU:**

Wir wollen, dass auch in Zukunft die Ausübung des Luftsportes in Nordrhein- Westfalen möglich ist. Die für die Sicherheit des kommerziellen Luftverkehrs erforderlichen und im internationalen Flugverkehr geltenden Sicherheitsvorgaben der ICAO für den Instrumentenflug (Standard in der Personen- und Frachtfliegerei) sind zu beachten.

**Antwort der SPD:**

NRW setzt als hoch industrialisiertes und dicht besiedeltes Land auf eine dezentrale Flughafenstruktur. Diese hat sich in den letzten Jahren bewährt. Auf sie wollen wir in Zukunft aufbauen. Ein Neubau von Flughäfen ist jedoch unsererseits nicht vorgesehen und auch das Flughafenkonzept des Bundes setzt auf Ausbau vor Neubau. Daher gehen wir davon aus, dass der Luftsport in Zukunft nicht weiter eingeschränkt werden muss. Im Zweifelsfall jedoch geht die Sicherheit immer vor.

**Antwort der Grünen:** Das Land NRW verfügt im europäischen Vergleich über die höchste Dichte an Flughäfen. Bei den genannten Flughäfen Düsseldorf, Köln-Bonn, Münster-Osnabrück, Dortmund, Paderborn und Niederrhein-Weeze hat der allgemeine bzw. der kommerzielle Luftverkehr den Vorrang. Zusätzlich stehen Kapazitäten landesweit mit den Verkehrslandeplätzen in Aachen-Merzbrück, Arnsberg-Menden, Bielefeld, Bonn-Handlar, Dinslaken/Schwarze-Heide, Marl-Loemühle, Meschede-Schüren, Münster-Telgte, Porta-Westfalica und Stadtlohn-Vreden nach unserer Einschätzung über das notwendige Maß zur Verfügung.

**Antwort der FDP:** Nordrhein- Westfalen ist als moderner Industriestandort auf dem kommerziellen Luftverkehr angewiesen. Vor einer weiteren Ausweitung der kommerziellen Luftfahrt erfolgt jedoch immer ein Abwägungsprozess zwischen den wirtschaftlichen Interessen einerseits und gegenläufigen Interessen , etwa von Anwohnern der Flughäfen oder Interessen des Luftsports, andererseits. Bei einer Ausweitung des kommerziellen Luftverkehrs werden die Interessen des Luftsports deshalb entsprechend berücksichtigt werden.

**Frage:** Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, den Luftsport als Teil des Luftverkehrs zu betrachten und den Erhalt seiner Infrastruktur als Teilziel der Verkehrspolitik des Landes NRW zu betrachten?

**Antwort der CDU:**

Der Luftsport ist Teil des Luftverkehrs und als solcher in das luftverkehrliche Regelwerk eingebunden soweit die zum Luftsport zählenden verschiedenen Sportarten dies durch bundesgesetzliche Vorgaben erfordern. Wir wollen auch zukünftig ausreichende Betätigungsmöglichkeiten für den Flugsport in unserem Land sicherstellen. Daher ist es auch den im Deutschen Aero- Club zusammengeschlossenen Vereinen möglich, neben Sportpauschale von dem durch

die jetzige Landesregierung eingeführten Sportstättenfinanzierungsprogramm zu profitieren und mittels zinsverbilligter Kredite der NRW. Bank eigenständig Sportanlagen zu beschaffen oder zu sanieren.

**Antwort der SPD:**

Uns liegen keine Erkenntnisse vor, wonach der Erhalt der Infrastruktur des Luftsports in NRW gefährdet wäre. Des Weiteren fördert das Land den Erhalt der Verkehrsflughäfen auch nicht finanziell. Lediglich in Bezug auf das Thema Sicherheit engagiert sich das Land in diesem Feld finanziell.

**Antwort der Grünen:** Die Flughafendichte des Landes NRW hat zur Folge, dass sich im Wettbewerb um die die Fluglinien und Fluggäste die Standorte gegenseitig kannibalisieren. Diverse Untersuchungen von Wirtschaftsexpertinnen und -experten haben aufgezeigt, dass die Wirtschaftlichkeit einiger Standorte auf Dauer nicht gegeben ist. Für den Ausbau und den Erhalt der Luftverkehrsinfrastruktur lehnen wir eine Subvention aus dem Landeshaushalt ab. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen für notwendige Investitionen in den Bereich Bildung, Kinder und Jugend wollen wir angesichts der knappen öffentlichen Mittel hier klare Prioritäten setzen. Es wäre aus unserer Sicht auch nicht vermittelbar neben den bereits bestehenden Vergünstigungen darüber hinaus noch zusätzliche Steuergelder für den Bereich des Luftverkehrs zur Verfügung zu stellen.

**Antwort der FDP:**

Die FDP hat ein großes Interesse daran, den Luftsport in Nordrhein- Westfalen und seine Infrastruktur zu erhalten. Das Land Nordrhein- Westfalen subventioniert allerdings keine Luftverkehrsinfrastruktur. Einzig für die sogenannte JAR-OPS-Ertüchtigung erhalten Verkehrslandeplätze einen Zuschuss. Eine darüber hinausgehende Möglichkeit, die Infrastruktur des Luftsports zu fördern, sehen wir derzeit leider nicht.

<p><b>Frage:</b> Sieht Ihre Partei es als gerechtfertigt an, dass alle Piloten von Motorflugzeugen und Motorseglern zu Beginn der Ausbildung und dann alle fünf Jahre auf Ihre Zuverlässigkeit hin überprüft werden?</p>
--

**Antwort der CDU:**

Wir wollen, dass auch die Piloten von Motorflugzeugen und Motorseglern ihren Sport so frei wie möglich ausüben können. Die Regelungen in § 7 Luftsicherheitsgesetz haben auch keineswegs das Ziel, zum Schutz vor Terrorismus den Flugsport zu erschweren oder gar Sportfliegerinnen und Sportflieger zu kriminalisieren. Die Zuverlässigkeitsüberprüfung findet gleichermaßen Anwendung für die Berufsfliederei und den erhöhten Anforderungen an die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit im Wesentlichen angemessen.

**Antwort der SPD:**

Die SPD sieht eine regelmäßige Zuverlässigkeitsüberprüfung von Piloten für Motorflugzeuge als sinnvoll an.

**Antwort der Grünen:** Der Luftverkehr im Allgemeinen ist einerseits mit besonderen Gefahren aber auch andererseits mit besonderen Umweltbelastungen wie. z. Bsp. dem Lärm verbunden. Deshalb ist es aus unserer Sicht richtig und auch nachvollziehbar, dass für das Führen von Luftfahrzeugen eine besondere Prüfung der Zuverlässigkeit gesetzlich verlangt wird.

**Antwort der FDP:**

Die Zuverlässigkeitsüberprüfung von Flugpersonal und insbesondere Pilotinnen und Piloten nach § 4 des Luftverkehrsgesetzes in Verbindung mit § 7 des Luftsicherheitsgesetzes ist für die FDP von hoher Bedeutung. Nicht nur die Terroranschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 oder der Irrflug des Sportfliegers über Frankfurt am Main vom 5. Januar 2003 zeigen, dass die Anforderungen an die Zuverlässigkeit des fliegenden Personals besonders streng zu handhaben sind. Durch missbräuchliches Verhalten von Luftfahrzeugführern sind höchstwertige Rechtsgüter wie Leben und Gesundheit Dritter in weitaus größerem Maße betroffen, als dies etwa im Straßenverkehr der Falls ist. Dies belegen nicht zuletzt die zuvor genannten Beispiele. Daher möchten wir an den geltenden Maßstäben der Sicherheitsüberprüfung weiterhin festhalten.

Die FDP wird aber prüfen, ob die geltende 5- Jahres- Frist für Wiederholungsprüfungen im Hinblick auf Sportflieger tatsächlich Bestand haben muss. Die Gefahren durch missbräuchliches Verhalten der Führer von Klein- und Kleinflugzeugen wiegen jedenfalls im Vergleich zum fliegenden Personal großer Verkehrsflugzeuge geringer. Daher könnte auch eine längere Zeitspanne als 5 Jahre zwischen den einzelnen Sicherheitsüberprüfungen zur Gewährleistung der Luftverkehrssicherheit hinreichend sein. Wir werden evaluieren, welche Frist insoweit sinnvoll erscheint. Eine strengere als die geltende 5-Jahres- Frist lehnen wir in jedem Falle ab.